

Archiv
Vorstand des Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands, Bonn

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

27. JUNI 1963
TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/VIII/119

Bonn, den 27. Juni 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

	Schicksalsgemeinschaft	4
	Nach den großen Tagen des Kennedy-Besuches	
2 - 3	Pankow-Fühler nach Japan	33
	"Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR" Von Eberhard Zachmann, Berlin	
4	Mit neunmonatiger Verspätung	49
	Ein Jahr wurde nutzlos vertan Von unseren Korrespondenten in Kiew	
5 - 6	Sowjetischer "Bumerang" bei den Vereinten Nationen	84
	Finanzkrise der Weltorganisation wird überwunden in der Verfassungskrise blieb Moskau isoliert Von unseren Korrespondenten in den USA	

Chefredakteur Günter Markscheffel

(s.Z. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

27. Juni 1963

Schicksalsgemeinschaft

Wach den großen Tagen des Kennedy-Besuches

sp - In Buch der deutschen Nachkriegsgeschichte werden die vier Tage, die der amerikanische Präsident Kennedy in der Bundesrepublik und in Westberlin verbrachte, einen besonderen Platz einnehmen. Sie kennzeichnen die endgültige, jede Deutung ausschliessende Schicksalsverbundenheit der amerikanischen Nation und des deutschen Volkes, die nicht nur gegeben ist durch gemeinsame Interessen, mehr noch sind es die in diesen Tagen bekräftigten gemeinsamen Ideale und Zielsetzungen. Es hat Wolken über den Beziehungen zwischen Bonn und Washington gegeben, Mißverständnisse und Mißdeutungen tauchten hier und da auf, und es gab und gibt manche Beobachter, die glauben, Vergleiche nach der Phonstärke des Jubels ziehen zu müssen, der vor einem Jahr de Gaulle und nun Kennedy entgegenschlug.

Die Bundesrepublik ist jedoch keine Wettkampfarena für Beifallsstürme. Die Herzen des deutschen Volkes wandten sich dem Präsidenten der Vereinigten Staaten zu in der Gewißheit, daß wir alle verloren wären, würden sich die USA aus Westberlin, der Bundesrepublik und Europa zurückziehen und in den Isolationismus zurückfallen. Und wenn unser Volk vor einem Jahr de Gaulle empfing wie noch kein freudes Staatsoberhaupt zuvor, dann schwang in dieser Freude die Genugtuung über die deutsch-französische Aussöhnung mit. Die Freundschaft zwischen beiden Völkern dies- und jenseits des Rheins ist die unentbehrliche Grundlage für den Ausbau Europas zu einer größeren Einheit. Die Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten und der Zusammenfluß ihrer Energien mit denen eines größeren Europa ist übergeordnet und gilt erst der Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens das sichere Fundament. Unter dieser doppelten Zielsetzung und ihrer Vorwirklichung steht die deutsche Politik, wer auch immer für sie verantwortlich zeichnen mag.

Noch lassen sich die Auswirkungen des Kennedy-Besuches nicht voll abschätzen. Sie werden weitreichend sein. Die Begegnung des amerikanischen Präsidenten mit den Westberlinern hat für alle unauslöschliche Eindrücke hinterlassen. Alle freien Menschen und der mächtigste Mann der freien Welt sind stolz darauf, sich zu den Berlinern zählen zu dürfen, welch großes, die Herzen bewegendes Wort hat Kennedy damit ausgesprochen! Auch ein Chruschtschow wird es zur Kenntnis nehmen müssen.

Schweres hat unser Volk sich selbst und anderen unter dem dritten Reich zugefügt. In der Haltung der Berliner vollzog sich ein Akt von Wiedergutmachung, der Respekt und Bewunderung überall auslöst, wo freie Menschen wohnen. Der Präsident erlebte in diesen vier Tagen ein Deutschland, das sich gelüftet hat von den Schlacken der Vergangenheit, er erlebte ein Volk, das seine wiedergewonnene Stärke aus den Quellen der Freiheit und der Demokratie schöpft und das dem Nationalismus auf Grund eigener schmerzlicher Erfahrungen Absage erteilte. Mit diesem Deutschlandbild, erfahren durch unmittelbaren Augenschein, bestätigt durch seine vielen Begegnungen mit Menschen aus allen Schichten unseres Volkes, verließ Kennedy die Bundesrepublik; dies ist ein Gewinn, der gute Früchte tragen wird.

Pankows Fühler nach Japan

Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR

Von Eberhard Zuchmann, Berlin

Die Bemühungen Ostberlins, Kontakte nach Japan anzuspinnen, die der kommunistischen Anerkennungspropaganda zugute kommen, sind nicht neu. Als im Oktober 1962 in Ostberlin, im Rahmen der vom ZK der SED-dirigierten "Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland", ein "Freundschaftskomitee DDR-Japan" gegründet wurde, war der organisatorische Kristallisationspunkt für den weiteren Ausbau der Pankower Auslandspropaganda in Japan geschaffen. Jetzt konnte die SED-Presse voller Genugtuung berichten, daß auch in Tokio eine "Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR" ins Leben gerufen wurde. Sie stellt in der Praxis eine organisatorische Zusammenfassung bereits in einzelnen japanischen Städten bestehender ähnlicher Organisationen dar.

Ausnutzung eines alten Rufs

Für die Auslandspropaganda Pankows in Japan war von Anfang an die Ausnutzung des guten Rufs der deutschen Wissenschaft, vor allem der Japanologie, ein wichtiger Ausgangspunkt. So ist es nicht verwunderlich, daß man als erste Befürworter von Kontakten zu Ostberlin japanische Universitätsprofessoren und andere Wissenschaftler gewinnen konnte. Der Umstand, das Berlin seit dem Jahre 1887 - es sei nur an den bekannten Japanologen Rudolf Lange erinnert - als Keimort der Japanologie in Deutschland galt, wurde von Pankow bei seinen propagandistischen Bemühungen geschickt ins Spiel gebracht. Der Präsident des seit 1962 in Ostberlin existierenden "Freundschaftskomitee DDR-Japan", Prof. Mehnert, ist gleichzeitig der Leiter des Ostasiatischen Instituts der Ostberliner Universität.

Es ist kein Zufall, daß zu den Hauptträgern der jetzt in Tokio neu geschaffenen Organisation "Nihon - DDR - Yaku - Kyokai" japanische Wissenschaftler gehören, wie z. B. Prof. Kobayashi, ein Wirtschaftswissenschaftler, der Soziologe Prof. Otsuka und der Germanist Prof. Funaki, alles Wissenschaftler, die bereits seit längerer Zeit engste Kontakte zu Pankow pflegten. Prof. Otsuka hat der Staatsbibliothek in Ostberlin erst vor kurzem seine 6.000 Bände umfassende Privatbibliothek gestiftet, die eine Sammlung von Literatur zur Wirtschaft und Soziologie Japans darstellt.

Neutrale Tarnung

Für die Pankower Funktionäre, die für Auslandspropaganda zuständig sind, ist es von besonderem Nutzen, darauf hinweisen zu können, daß die "Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR" keine parteipolitische Institution ist, sondern nach außen ein neutrales Gesicht zeigt. Daß im Präsidium der neuen Gesellschaft in Tokio auch der Präsident des japanischen Gewerkschaftsbundes SOHYO, Ota, vertreten ist, kann nur für diejenigen ein Beweis des kommunistischen Einflusses sein, die wissen, daß Ota schon seit Jahren der Ulbricht-Politik nicht zuletzt durch mehrere Besuche in Ostberlin - eine starke Stütze gewesen ist.

27. Juni 1963

Die Zusammensetzung des Präsidiums konnte für die Tarnungsabsichten Pankows nicht günstiger ausfallen. Neben einem Vertreter der Sozialistischen Partei Japans und einem Vertreter der KP ist auch der konservative Abgeordnete Kitamura als Leitungsglied registriert. Daß auch der Präsident der "Gesellschaft für den Handel mit der UdSSR und den Ländern Osteuropas" im Präsidium der "Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR" einen Sitz hat, liegt auf der Linie der kommunistischen Politik, über industrielle Interessen politischen Einfluss im Sinne des Kommunismus zu gewinnen.

Ein eindeutiges Arbeitsprogramm

Wie aus Veröffentlichungen der Ostberliner Zeitungen hervorgeht, hat man in Tokio bereits weitgehende Pläne, in Zusammenarbeit mit den in Ostberlin tätigen "Freundschaftskomitee DDR-Japan" auf den verschiedensten Gebieten der Pankower Auslandspropaganda Hilfe zu leisten. So hat es sich angeblich die neue Organisation in Japan zur Aufgabe gemacht, neben dem Austausch von Wissenschaftlern und Studenten Ausstellungen mit künstlerischem, volkskundlichem oder dokumentarischem Charakter durchzuführen. Neben der Einladung sowjetzonaler Schriftsteller und Künstler nach Japan sind eine gemeinsame japanisch-sowjetzonale Herstellung von Dokumentarfilmen und der Aufbau einer Buch- und Filmverleihstelle vorgesehen. Auch die von ZK der SED dirigierte sogenannte "DDR-Revue", die ausschließlich für die Auslandspropaganda Pankows bestimmt ist, soll künftig durch die neue Organisation in Japan vertrieben werden.

Dieses Arbeitsprogramm der "Freundschaftsgesellschaft Japan-DDR" kann auf eine bereits vorhandene effektive Vorarbeit der bisher in Japan tätigen lokalen "Freundschaftskomitees zur DDR" zurückgreifen. So war es Pankow bereits 1962 gelungen, mit der Hosei-Universität in Tokio einen Vertrag über den Austausch von Wissenschaftlern und Studenten zwischen Tokio und Ostberlin unter Dach und Fach zu bringen. Der FDGB-Bundesvorstand hat bereits seit längerer Zeit japanische Gaststudenten in die Sowjetzone eingeladen und durch entsprechende Finanzmittel deren Studium in Ulbrichts "Arbeiterstaat" ermöglicht. Im Frühjahr dieses Jahres konnte in mehreren Städten Japans, wie z.B. in Osaka, Nagoya und zweimal in Tokio eine sowjetzonale Kunstausstellung unter dem eindeutig kommunistischen Motto "Künstler für den Frieden - für den Aufbau der DDR" durchgeführt werden.

+ + +

Mit neunmonatiger Verspätung

Von unserem Korrespondenten in Kiel

kn. - Nunmehr, neun Monate nach der Landtagswahl, ist die Landesregierung von Schleswig-Holstein endlich komplett und aktionsfähig. Nach langwierigen Reibungen zwischen den Koalitionspartnern CDU und FDP um die Besetzung der Ministerpositionen hat man sich jetzt zu einer recht und schlecht funktionierenden Zusammenarbeit gefunden. Von den Ministern Schlegelberger (CDU) - er übte sein Amt vorübergehend nicht aus - und Deverenz (FDP) ist der Vorwurf genommen worden, sie hätten während des Krieges als Kriegsrichter an ungerechtfertigten Todesurteilen mitgewirkt.

Nun also kann das Kabinett unter dem neuen Ministerpräsidenten Lemke (CDU) mit neunmonatiger Verspätung an die Arbeit gehen. Und schon steht das EWG-Anpassungsprogramm auf der Tagesordnung, das die Sozialdemokraten seit zwei Jahren mit großem Nachdruck verlangen und das der damalige Regierungschef von Hassel nur widerstrebend in Angriff nehmen ließ. Inzwischen erhebt sich aber bereits die Frage, ob dieses Programm, das die Wirtschaft und Landwirtschaft von Schleswig-Holstein so dringend benötigt, um ab 1970 EWG-fit zu sein, nicht schon zu spät kommt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion erklärte in der letzten Woche, daß der Etat für 1963 aller Voraussicht nach keine Anstöße mehr für die Strukturveränderung von Wirtschaft und Landwirtschaft in der Form des EWG-Anpassungsprogramms erhalten wird, eben weil dieses Programm zu spät kommt. Damit ist ein weiteres Jahr, welches die Möglichkeit geboten hätte, sich auf den bis 1970 hinziehenden Integrationsprozeß einzustellen, nutzlos verfallen.

Dabei bedarf die Wirtschaft von Schleswig-Holstein (wie auch die einiger anderer Zonenrandgebiete im Bundesbereich) staatlicher Hilfen, um sich umstellen zu können. Man weiß, daß es einigen großen Werften schlecht geht, daß sie aber künftig nicht durch Panzerbau und Kriegsschiffbau vollbeschäftigt sein können, also auch auf andere Zweigebiete umgestellt werden müssen. Die Leder- und Textilindustrie im Norden bröckelt weiter ab und aus Flensburg sind einige Betriebe abgewandert. Dieses Gebiet im Norden an der Grenze hat übrigens die EWG-Kommission in Brüssel schon zum Entwicklungsgebiet erklärt, wie es etwa für die Bretagne oder Sizilien gilt.

In der Landwirtschaft wird man den Rationalisierungsprozeß noch schneller vorantreiben müssen, was zur Voraussetzung hat, daß die Regierung in Kiel den Bauern endlich sagt, woran sie sind. Wenn auch die Hofstruktur in Schleswig-Holstein günstiger als im Bundesgebiet ist, so ist doch eine schnellere Flurbereinigung und möglicherweise die Aufforstung der Sandzone im Mittelrücken jetzt notwendig.

Die Regierung in Kiel muß nun endlich das EWG-Anpassungsprogramm vorlegen. Sie muß sagen, ob sie 500 Millionen DM aus der öffentlichen Hand, von Parkkonzerten und interessierten Industrien für den Umstellungsprozeß mobilisieren kann und wieviel Geld sie etwa für den Aufbau einer Nahrungsmittelindustrie auswerfen will. Wirtschaft und Landwirtschaft in Schleswig-Holstein warten auf die Initiative aus Kiel und die Bevölkerung will endlich wissen, wie weit der Staat sich mit Hilfe planerischer Instrumente zu engagieren gedenkt.

Sowjetischer "Bumerang" bei den "Vereinten Nationen"

Finanzkrise der Weltorganisation wird überwunden,
in der Verfassungskrise blieb Moskau isoliert
Von unserem Korrespondenten in den USA

Es ist ein Wunder geschehen: Präsident Charles de Gaulle hat auf Grund von Überredungen und Überzeugungsbemühungen eines Amerikaners - in diesem Falle des amerikanischen UNO-Delegierten Botschafter Adlai Stevenson, seine Ansichten in einer wesentlichen außenpolitischen Frage geändert. Der Punkt, in dem sich de Gaulle unstimmen ließ, betrifft eine höchst wichtige Angelegenheit: die Frage von Leben oder Tod der Weltorganisation der "Vereinten Nationen". Erst vor ein paar Wochen hatte die französische Regierung offiziell durch ihren Botschafter bei der UNO mitteilen lassen, daß sie Zahlungsverpflichtungen aus "Friedensaktionen" der Plenarversammlung nicht anerkenne, d.h. also, ihren Beitrag zu den Kosten der blaubehelmten internationalen UNO-Polizei im Kongo in Höhe von 14 Millionen Dollar nicht zu zahlen beabsichtige; hinter dieser Weigerung, den französischen Beitrag für nunmehr rund drei Jahre Kongo-Aktion zu zahlen, stand die Mißbilligung de Gaulles, der die ganze Kongopolitik der Weltorganisation abgelehnt hatte.

Nun aber ist Frankreich bereit, eine freiwillige Spende (nicht eine Pflichtzahlung!) an die Weltorganisation zu überweisen, damit diese nicht zahlungsunfähig werde und in Bankrott gehen muß - und zwar eine Spende in Höhe von 14 Millionen Dollar, also genau das, was Frankreich buchmäßig schuldet. In Moskau hat man diesen Kurswechsel de Gaulles ungern gesehen - denn nunmehr sind die Sowjetunion und ihre Satelliten praktisch die einzigen Länder, die jeglichen Beitrag zu den Friedensaktionen der UNO verweigern, sowohl zur Kongoaktion, die ja während des Höhepunktes des internationalen Truppeneinsatzes monatlich zehn Millionen Dollar gekostet hatte (jetzt ist es noch etwa die Hälfte), als auch zu der bescheideneren und billigeren UNO-Polizei, die an den Grenzen des Staates Israel den Frieden im Mittleren Osten schützt, und zwar seit dem Beginn dieser Überwachung, nach der Sueskanalkrise, überaus erfolgreich. Frankreich hatte für diese Orient-Aktion die Beiträge nicht verweigert.

UNO vor den Ärgsten bewahrt

Die Bereitschaft Frankreichs, eine "Spende" zu zahlen, und die vorher schon ausgedrückte Bereitschaft Belgiens, seinen Anteil an der Kongoaktion nachzuzahlen, nachdem Belgien bis dahin - in diesem Fall sogar aus verständlichen Gründen - eine komplett negative Kongo- und UNO-Haltung vertreten hatte, haben die Finanzsituation der Weltorganisation vor den Ärgsten bewahrt. Die Sondersession der Plenarversammlung hat nicht ganz so katastrophal geendet, wie man befürchtet hatte. Das normale Jahresbudget der UNO, zu dem alle Mitgliedstaaten entsprechend ihrer Bevölkerungszahl und ihres Nationaleinkommens einen gestaffelten Jahresbeitrag leisten (die USA allein ein Drittel der Gesamtkosten, gefolgt von der Sowjetunion, England, Frankreich, Indien, Kanada usw.), konnten die Riesenkosten der Friedensaktionen nicht tragen, man mußte Sonderbeiträge dafür beschließen - und während die Sowjetunion immer erklärte, das seien keine echten Beiträge, sondern freiwillige Spenden, stellte sich der Internationale Gerichtshof auf den Standpunkt, daß es sehr wohl Pflichtzahlungen seien.

Man gibt es in der Satzung der Organisation einen Paragraphen, der klipp und klar erklärt, daß Länder, die mehr als zwei Jahre mit ihren ordentlichen Beiträgen im Rückstand sind, automatisch das Stimmrecht in der Plenarversammlung verlieren: eine ernste Waffe gegen säumige Zahler. Der Präsident der gegenwärtigen Versammlung, der ehemalige pakistanische Außenminister Zafirullah Khan, verfügte auch sogleich unumwunden, daß er bei der nächsten Abstimmung nicht den Namen "Haiti" aufrufen werde, weil dieses Ländchen zwei Jahre im Rückstand sei. Damit kam dieser Satzungsartikel zum ersten Male zur Anwendung - wenn auch Haiti sofort eilig eine kleine symbolische Teil-Nachzahlung leistete und somit der Gefahr im Augenblick entging. Auch ein paar andere Länder taten das gleiche: aber im Herbst wird die Zweijahresfrist bei der Sowjetunion um sein, und dann muß automatisch, ohne daß irgend jemand einen Finger rührt, die Sowjetunion ihr Stimmrecht einbüßen - wenn sie nicht zu Kreuze kriecht und in die Tasche greift.

In die Enge getrieben

Die Sowjetregierung hat sämtliche juristischen Argumente gegen die Sonderzahlungen aufgereiht, die sich denken ließen und vor allem darauf beharrt, solche Zahlungen könnten nur vom Sicherheitsrat beschlossen werden (in dem sie ihr Vetorecht besitzt!) und nicht von der veto-freien Plenarversammlung. In die Enge getrieben, ging ihr Sprecher, der früher sehr friedfertige Botschafter Fedorenko, so weit, zu erklären, fortan werde die Sowjetunion überhaupt nur zu solchen Titeln im ordentlichen UNO-Haushalt Beiträge zahlen, die sie ausdrücklich billigt - was einem Torpedierungsversuch der ganzen Sicherheitsmaschinerie gleichkommt, kaum weniger gefährlich als seinerzeit Chruschtschows Plan, den Ein-Mann-Generalsekretär an der Spitze durch eine "Troika" einstimmiger politischer Beauftragter zu ersetzen: einen Kommunisten, einen Westler und einen Neutralisten. Diesen Plan, der die Masse der asiatischen und afrikanischen Länder verwarf, hat Moskau still wieder zurückgezogen: nunmehr versucht es, auf dem Umweg über die Geldbörse den gleichen kontrollierenden und zerstörerischen Einfluß auf die Weltorganisation zu gewinnen.

Moskaus Einfluß ist geringer geworden

Aber die Sowjetunion scheint sich verrechnet zu haben. Im Herbst werden die Kommunisten vermutlich die einzigen sein, die ihre Zahlungspflichten nicht erfüllt haben (nachdem jetzt Frankreich und Belgien umgeschwenkt sind) - und wie werden sich damit in eine traurige Isolierung hineinanderöriert haben. Denn in Moskau übersieht man immer, daß die vielen Entwicklungsländer, gerade die kleinen und schwachen, ja auf die Existenz der Weltorganisation angewiesen sind, daß sie auf Gedeih und Verderb von ihr abhängen - und daher jeden Versuch, die UNO zu sprengen, zu schwächen, finanziell "auszuhungern" oder sonst irgendwie zu sabotieren, mit Klauen und Zähnen bekämpfen, weil es sich für sie um eine Lebensfrage handelt. Darum ist im Woltparlament der 110 Staaten Moskaus Einfluß letzthin geringer geworden, darum rücken die Entwicklungsländer zusehends näher an ihre wahren Freunde in der freien Welt heran - und darum hat die Sowjetunion in der Finanz- und Verfassungskrise der UNO mit einem Bumerang geschossen, der zum Schluß nur den treffen könnte, der ihn abgeschossen hat.